

*Journal des Kammerpräsidenten Komet über die wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft.*

Die Möglichkeit einer Zollunion mit Deutschland muß also schon im Interesse unserer Volkswirtschaft gänzlich ausgeschlossen worden, nicht zu reden von den übrigen unüberwindlichen technischen Hindernissen, welche sich diesem Plane entgegenstellen. Denn der gemeinsame Tarif, eine Voraussetzung der Zollunion (und auch der Zwischenzölle) müßte eine solche Höhe erreichen, welche den anderen Staaten gewiß Anlaß zu Gegenmaßnahmen geben würde, die weder wir noch Deutschland wünschen dürfen. Uebrigens ist ein gemeinsamer Außenzolltarif schon aus technischen Gründen — der verschiedenen Währung und Zollgesetzgebung halber, die nicht über Nacht unifiziert werden können — nicht möglich. Auch zeigt schon ein oberflächlicher Vergleich der heutigen beiderseitigen Zolltarife, wie verschieden das Schutzbedürfnis der beiderseitigen Produktion, das Interesse der Verbraucher und das staatsfinanzielle Moment haben und drüben ist. Deutschland kann unmöglich auf die Höhe unseres Tarifes, wir unmöglich auf das Niveau seiner Zölle gehen.

Auch gemeinsame Vertragsverhandlungen mit dritten Staaten sind nicht möglich, wenn man die Sache näher betrachtet. Denn der Widerstreit der beiderseitigen Handelsinteressen ist bei vielen und wichtigen Artikeln viel zu groß. Deutschland würde anstandslos seine Zölle auf bestimmte Waren ermäßigen gegen Konzessionen für die Ausfuhr gewisser seiner Produkte, während unsere Interessen in allen diesen Hinsichten: Ermäßigung und Konzession diametral entgegengesetzt sind. Schon im Jahre 1891 ist daher nicht

einmal der bescheidene Versuch, auch nur das äußerliche Moment des gleichzeitigen Vertragsabschlusses mit dritten Staaten festzuhalten, geglückt.

Es wird daher zum Schlusse gewiß nur ein gewöhnlicher Tarifvertrag mit möglichst spezialisierten Vertragsbegünstigungen erübrigen, welche sich in ihrem Effekte als Sondervorteile für die beiderseitige Einfuhr darstellen können, wenn sie so gefaßt sind, daß sie auf die Einfuhr aus den Nachbarnstaaten praktisch keine Anwendung finden können.

Ob die formelle oder diese tatsächliche Vorzugshandlung, welche jedenfalls immer unseren Interessen und unseren Bedürfnissen anzupassen wäre, zustande kommen kann, wird uns natürlich erst die Zukunft lehren. Vielleicht und wahrscheinlich wird es notwendig sein, für unsere Handelsbeziehungen mit Deutschland und auch mit dem übrigen Auslande vorerst die bestehenden Verträge zu verlängern oder Provisorien zu schaffen und an die definitive Regelung erst dann zu schreiten, wenn die Erfahrungen der Nachkriegszeit und eingehende Erhebungen die notwendige Grundlage zur Erkenntnis des Notwendigen und Erproblichen gegeben haben. Gewiß wird es aber schon früher möglich und sehr zweckdienlich sein, gemeinsam mit Deutschland und auch anderen Staaten auf eine tunlichste Gleichstellung der wirtschaftlichen Gesetzgebung und vielleicht auch Verwaltung hinzuwirken. Es sind ja schon manche, zum Teil auch erfolgreiche Versuche gemacht worden, solche internationale Vereinbarungen herbeizuführen und den weiteren Bemühungen nach dieser Richtung erschließt sich ein großes Feld.

Dringlicher fast, als die auswärtige Handelspolitik, sind Maßnahmen zur Erleichterung des Ueberganges unserer Wirtschaft vom Kriege in den Frieden. Die zielbewußte Kraft und Fähigkeit, mit welcher sich unsere Produktion den Bedürfnissen und einschränkenden Folgewirkungen des Krieges angepaßt hat, ist staunenswert gewesen.

Schwieriger und auch von unvergleichlich größerer Bedeutung für die Allgemeinheit ist aber der Uebergang in die Friedenswirtschaft, weil das bisher stark rekrutierende Arbeitsangebot durch die Demobilisation eine große und rasche Ausdehnung erfahren, aber diesem Angebot zumindest vorübergehend keine ebensolche Arbeitsnachfrage gegenübersteht, da es an Rohstoffen, Betriebsmitteln und auch Absatz mangeln dürfte.

Schon die Demobilisation selbst wird also nach einem bestimmten Plane erfolgen müssen, damit nicht zu viele Arbeitslose nach Hause entlassen, aber Beschäftigte zurückbehalten werden. Die Kammer hat ihre Vorschläge in dieser Beziehung soeben der Regierung vorgelegt.

Ebenso wird es notwendig sein, auch die Ablosung des nach dem Kriege überflüssigen Heeresbedarfes, wie Pferde, Wagen, Automobile usw. entsprechend zu organisieren, damit diese für den Wiederanbau der Friedenswirtschaft unentbehrlichen Sachen nicht in die Hände von Spekulanten gelangen, sondern rasch in den unmittelbaren Gebrauch überführt werden. Auch hier haben wir schon der Regierung konkrete Vorschläge erstattet.

Die Beschaffung des Rohstoffbedarfes für unsere Industrie und Landwirtschaft sowie der Schutz unserer Industrie gegen übermäßige Einfuhr von Halb- und Ganzfabrikaten bildet schon längere Zeit den Gegenstand der Beratungen und der Sorge der Regierung und der Interessenten. Auch hier wird eine kluge und sorgfältig bedachte Organisation Platz greifen müssen, eine freiwillige Organisation — wie ich ausdrücklich betone — bei welcher aber die Initiative und Mithilfe des Staates nicht werden entbehrt werden können. Ich halte Zwangsmaßnahmen des Staates in diesem Belange für nicht wünschenswert, denn die Erfahrungen des Krieges haben wohl überzeugend bewiesen, daß die Zwangsorganisation die Bedürfnisse des wirtschaftlichen Lebens nicht voll und zweckentsprechend besorgen kann. Und noch weniger können Einfuhrverbote unserer Rohstoffversorgung und dem Uebergange in die Friedenswirtschaft förderlich sein, denn sie erfüllen nicht einmal im Kriege vollkommen ihre Aufgabe und würden im Frieden um so rascher Gegenmaßnahmen des Auslandes hervorzurufen, die uns mehr Nachteil bringen würden, als wir Vorteile von dem Einfuhrverbote erwarten können. Wir wünschen nach dem Kriege den allgemeinen Handelsfrieden, dürfen also den wirtschaftlichen Kriegszustand nicht selbst in Permanenz erklären.

Wohl aber wird der Staat um die technische Möglichkeit des Außenhandels, um Schiffsraum, Bahntransport und Frachtkonventionen Sorge tragen müssen und auch die wirtschaftliche Ermöglichung desselben durch eine großzügige und weitblickende Devisen-, Anleihe- und Währungs-politik zu fördern haben.

Gleich groß sind auch die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Kreditwesens, um den gefährdeten Einzelwirtschaften Schutz und Hilfe zu bringen, auf dem Gebiete der Sozialpolitik, um Arbeitslosigkeit tunlichst zu verhüten, auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge und Konsumentenfürsorge überhaupt, um der Teuerung der Lebensmittel und notwendiger Gebrauchsgegenstände tunlichst zu steuern.

Unzweifelhaft wird der Staat hier auch direkt mithelfen und staatliche Ausrüstung auch auf Vorrat erteilen müssen, bis das Gleichgewicht unserer Wirtschaft wieder einigermaßen hergestellt sein wird.

Eine der schwierigsten Fragen wird unzweifelhaft die Deckung der Kriegskosten und die Regelung der Staatsfinanzen sein, eine Frage, deren Größe und Schwierigkeit heute kaum schon zu übersehen ist. Denn bei ihrer Lösung wird man gewiß in erster Reihe darauf achten müssen, daß die neue Belastung erträglich sei und nach dem Maße der Leistungsfähigkeit einzelner Berufsgruppen gerecht verteilt werde, aber man wird auch individualisieren müssen, um die durch den Krieg am härtesten Betroffenen möglichst zu schonen.

Sie sehen, daß die Aufgaben, welche unserer Wirtschaft und damit auch unserer Kammer harrten, wohl die größten sind, welche die heutige Wirtschaftsordnung je zu lösen gehabt hat. In richtiger Voraussicht dessen haben wir schon vor einem halben Jahre einen großen Betrag zur Wahrnehmung dieser Aufgaben gewidmet. Wenn auch die Lücken in unserem Bureaupersonal große sind und immer größer werden, so beschäftigen wir uns doch ohne Unterlaß mit diesen Angelegenheiten.

So wollen wir denn der Hoffnung Ausdruck geben, daß unsere Wirtschaft — durch ihre eigene Kraft und mit tätiger Mitwirkung der Regierung und aller öffentlichen Faktoren — über die schweren Zeiten, die ihr bevorstehen, ohne zu schwere Erschütterungen hinüberkommen wird.